

Bringt uns die Wahlfreiheit bessere Schulen?

Die Diskussion über eine brisante Baselbieter Volksinitiative ist lanciert



Gefahr oder Chance für unsere Volksschule? Pia Amacher verteidigt ihre Herzensanliegen; Lehrerchef Max A. Müller lehnt ihre Argumente ab. Foto Roland Schmid

INTERVIEW: MARTIN MATTER, PETER WITTWER

Im vergangenen Dezember hat die Elternlobby Baselland ihre kantonale Volksinitiative eingereicht, die für alle Eltern das Recht auf freie Wahl der Volksschule fordert.

baz: Frau Amacher, Ihr Engagement rührt auch von Erfahrungen mit der Schule her. Ist unsere staatliche Volksschule schlecht?

PIA AMACHER: Nein, aber nicht für alle optimal! Ich habe auch sehr gute Erfahrungen gemacht und selber 15 Jahre lang in der Volksschule Handarbeit und Werken unterrichtet. Für unser erstes Kind aber waren die Volksschule und die

«Schweden und Finnland haben die freie Schulwahl; das hat die Staatsschulen klar verbessert.» Pia Amacher

betreffende Lehrperson nicht ideal. Nach einem halben Jahr schickten wir den Knaben in eine Rudolf-Steiner-Schule; weil er sich dort sehr wohl fühlte, schickten wir auch unsere anderen Kinder dorthin. Erst als ich mich näher mit den Unterschieden der pädagogischen Konzepte zu beschäftigen begann, kam ich auf die Thematik der freien Schulwahl.

Die Reaktionen der Lehrerverbände auf den Vorstoss von Frau Amacher fallen heftig aus. Fühlen sich die Lehrer persönlich angegriffen?

MAX MÜLLER: Nein, sicher nicht. Ich bewundere im Übrigen den Elan von Frau Amacher – nur wünschte ich ihr, sie hätte ein erfolgversprechenderes Thema ausgesucht. Diese Initiative

dürfte weder bei der Regierung noch im Parlament mehrheitsfähig sein, und ich kann mir kaum vorstellen, dass die Baselbieter Bevölkerung sich darauf einlassen möchte.

Nicht mehrheitsfähig, Frau Amacher?

AMACHER: Doch. Eltern wollen, dass ihre Kinder Zugang zum gesamten Bildungsangebot haben, und wer will schon nicht wählen können? Früher gab es zum Beispiel nur einen einzigen schwarzen Telefonapparat zu kaufen, man konnte sich gar nichts anderes vorstellen. Heute gibt es unzählige Apparate für die verschiedensten Bedürfnisse. So soll es auch im Schulwesen sein.

Sie behaupten, die freie Schulwahl würde zu einer Verbesserung der Staatsschule führen.

AMACHER: Ja, weil sie eine pädagogische Konkurrenzsituation auch zwischen den staatlichen Schulen schafft. Schweden und Finnland haben die freie Schulwahl seit 16 Jahren, das hat die Staatsschulen nachhaltig verbessert, wie die Pisa-Ergebnisse zeigten. Auch dort wehrten sich die Lehrer zuerst dagegen. Heute trifft man begeisterte Lehrkräfte auch in den staatlichen Schulzimmern.

Was änderte sich denn?

AMACHER: Lehrkräfte und Schulträger mussten sich profilieren. Heute haben sie eine viel grössere Unterrichtsfreiheit, der Staat gibt lediglich die Kernziele vor. Auch die staatlichen Lehrer können ihre Lehrpläne und Methoden selber gestalten. Heute gehen in Finnland nach wie vor 95 Prozent der Kinder in die Staatsschule, eben weil sie so gut geworden ist. Diesen Verbesserungseffekt erhoffen wir uns auch in der Schweiz. Die Konkurrenz wird dazu führen, dass sich die staatlichen Schulen vermehrt Gedanken machen über die Bedürfnisse der Kinder und Eltern.

Und die Antworten könnten je nach Gemeinde oder Quartier unterschiedlich ausfallen?

AMACHER: Ja, so wie die Familien- und Bevölkerungsstrukturen unterschiedlich sind. Und wenn ein Schulhaus an den lokalen Bedürfnissen vorbeipflanzt, wird es immer weniger Anmeldungen haben.

Herr Müller, ist den Lehrkräften einfach die Konkurrenzidee fremd oder sind es andere Aspekte?

MÜLLER: Den zentralen Fehler sehe ich darin, dass die Initiative alles vom falschen Ende her aufgleist. Es ist einfach nicht seriös, unser gesamtes Schulsystem mit sieben Zeilen in der Kantonsverfassung umzukrempeln. Die Konsequenzen dieser Initiative sind in keiner Weise durchdacht. Nichts gegen Nachdenken über Verbesserungen in der Schule – aber bitte professionell. Jetzt ist ein Fremdsprachenentscheid umzusetzen, ein gigantisches Unterfangen; dann wird sich auch Baselland irgendwie am gesamtschweizerischen HarmoS-Projekt beteiligen – ebenfalls eine epochale Unternehmung. Gingen die erforderlichen Ressourcen von der Staatsschule weg, wäre Baselland nicht mehr HarmoS-tauglich und stünde ziemlich einsam in der schweizerischen Bildungslandschaft herum. Im Kurzschluss einer simpel wirkenden Verfassungsänderung umgesetzt, müsste diese Initiative ein Riesenchaos verursachen.

Was befürchten Sie vor allem?

MÜLLER: Der Staat müsste transparente Kriterien für die Zulassung von Schulen erarbeiten. Wenn ein Millionentopf auch für private Schulen besteht, werden sich sofort auch seltsame Institutionen bewerben, und die werden clever genug sein, alle Kriterien zu erfüllen. Der Staat müsste deshalb einen aufwendigen Bewilligungs- und

Kontrollapparat betreiben und sich in Konflikte verstricken. Weiter: Die Initiative will auch den Besuch von privaten Schulen in anderen Landesteilen ermöglichen. Ich glaube kaum, dass die Stimmbürger ihre Schulmillionen ins Engadin oder an den Genfersee schicken möchten.

AMACHER: Mit der Schulwahl wird es eher weniger Bürokratie brauchen. Schon heute benötigt jede private Schule eine Betriebsbewilligung, und in einem Papier des Amtes für Volksschulen stehen die Kriterien. Nun zu den «seltsamen Institutionen»: Auch die Baselbieter Behörden besuchen die nicht staatlichen Schulen heute schon regelmässig und machen Qualitätskontrollen; diese Schulen stehen also heute schon unter Aufsicht. Unsere Initiative will darüber hinaus sicherstellen, dass bei einer vom Staat mitfinanzierten nicht staatlichen Privatschule kein Kind ausgeschlossen werden kann, weder aus religiösen, ethnischen noch finanziellen Gründen.

Besteht nicht die Gefahr, dass die freie Schulwahl die Bildungskosten insgesamt wachsen lässt? Man schafft ja attraktive Bedingungen für Privatschulen, zugleich muss der Staat aber jedem Kind die Bildung garantieren.

AMACHER: Nein, diese Gefahr besteht nicht. Denn auch die öffentlich mitfinanzierten nicht staatlichen Schulen wären verpflichtet, alle Kinder aufzunehmen. In dieser Beziehung wäre es kaum mehr Unterschiede.

«Es ist nicht seriös, unser Schulsystem mit sieben Zeilen in der Verfassung umzukrempeln.» Max Müller

MÜLLER: Eine Aufnahmeverpflichtung ergibt sich eben nicht aus dem Initiativtext. Bildungsnahen Eltern und fündige Schulleiter werden dafür sorgen, dass man bald unter sich im passenden Schulmilieu ist, denn der kontrollierende Staat wird dabei ganz schlechte Karten haben.

Das Bildungsgesetz bietet heute schon den Schulen die Möglichkeit, sich ein eigenes Profil zu geben. Warum braucht es dann noch die freie Schulwahl?

AMACHER: Weil die Kinder heute nach dem Territorialprinzip zugeteilt werden. Selbst wenn in meiner Gemeinde mehrere Schulen mit etwas unterschiedlichem Profil bestehen, können wir als Eltern dennoch nicht jene wählen, die uns besser gefällt. Es gibt derart unterschiedliche Bedürfnisse, dass eine Schule unmöglich alle abdecken kann. Nach unserem Modell könnte die eine Schule Mittagstisch und Aufgabenhilfen anbieten, die andere eben nicht, je nach Bedürfnis. Heute haben wir die von oben verordnete Schule, wir hingegen möchten die Schule von unten herauf. Auch Lehrer und Eltern würden sich viel stärker mit ihrer Schule identifizieren: Wenn Eltern und Lehrpersonen am selben Strick ziehen, profitiert das Kind am meisten. Für die Lehrkraft ist es toll, zu wissen, dass Kind und Eltern freiwillig bei ihm sind. Das sind doch völlig andere Voraussetzungen als heute – für alle Beteiligten.